Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 19. Freitag, 23. Januar 1931, abends. 84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 19 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Sachsen braucht Arbeit!

Notkundgebung des Verbandes Sächsischer Industrieller in Chemnitz.

Die Lage der deutschen Wirtschaft ist ohne Zweifel seit der Zeit der Inflation noch nie so ernst gewesen wie heute. Die Entwicklung der letzten Zeit überraschte vielleicht diejenigen, die 1927, als wir auf dem Höhepunkt der durch Auslandskredite hochgepumpten Konjunktur standen, mit Stolz auf den unerhörten Aufschwung glaubten hinweisen zu können, den die deutsche Wirtschaft trotz der Reparationslasten genommen habe — aber diejenigen, die damals schon auf das trügerische dieser Konjunkturentwicklung aufmerksam machten, sind nicht überrascht. Die Krisis von heute mußte kommen, teilweise als Auswirkung der allgemeinen Weltkrise, namentlich aber — und darauf muß immer wieder mit allem Nachdruck hingewiesen werden — einer unerhörten Reparationsüberbürdung.

In dieser Zeit der Krisis rief der **Verband Sächsischer Industrieller** zu einer

Notkundgebung

auf, die heute Freitag nachmittag im Saale des Kaufmännischen Vereinshauses in Chemnitz stattfand. Die Reichsregierung, die Sächsische Staatsregierung, zahlreiche Reichs- und Staatsbehörden, eine große Zahl Parlamentarier, sowie etwa 2000 Industrielle waren zu der Kundgebung erschienen.

Der Vorsitzende des Verbandes Sächs. Industrieller,

Direktor Willi Wittke,

eröffnete die Tagung. Er begründete es, daß die Jahreshauptversammlung jetzt schon und in Chemnitz stattfinde, weil hier und in der Umgebung die sächsische Industrie sich am geschlossensten und charakteristischsten entwickelt hat, hier aber auch ihr **hippokratisches Gesicht** am deutlichsten zeigt. Die Tagung ist unter das Leitwort gestellt:

Sachsen braucht Arbeit!

Der Redner schilderte die **Struktur des Industrielandes Sachsen**, das mehr kleinere als mittlere und wiederum mehr mittlere als große Betriebsstätten habe. Kraft der Geschlossenheit, Eigenart und wirtschaftlichen Bedeutung des sächsischen Gewerbefleißes dürfe man mit Recht die Forderung aufstellen, daß die öffentlichen und privaten Faktoren im Reiche der besonders gefährdeten Lage der sächsischen Wirtschaft Verständnis entgegenbringen. Durch den Vergleich der Arbeitslosenquote im Reiche und in Sachsen ergebe sich, daß in einem so auf Industrie und Ausfuhr angewiesenen Lande die Krisen des Staates und der Wirtschaft sich weit schlimmer auf das Leben des Volkes auswirken, daß ein solcher Organismus auf politische Fehlhandlungen viel stärker und schneller reagiert, als es in Industriegebieten mit einer verhältnismäßig elastischen, breiten und von Urproduktion durchsetzten Wirtschaftsgrundlage der Fall ist.

Man hört in den letzten 12 Jahren immer das Wort **Wiederaufbau** und in Verbindung damit das Wort **katastrophal**. Wiederaufbau bezeichnet das **Streben**, katastrophal das **Ergebnis** unserer bisherigen Politik. Ein drittes Wort, gleichsam eine Entschuldigung, heißt: **Weltwirtschaftskrise**. Uns geht gegenwärtig nur die Frage an, deren Lösung im Bereiche unserer Kräfte liegt, diese nämlich:

Haben wir alles getan und tun wir jetzt endlich das, was wir aus eigenem tun können, um die deutsche Wirtschaft auf den Stand zu bringen, der der zweifellos großen Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes entspricht, und machen wir alle die Kräfte frei, die sich unter dem Drucke der öffentlichen Ansprüche und Bindungen in der Selbstbehauptung erschöpften, statt sich entfaltend zu entfalten?

Für die Vergangenheit ist dies scharf und rückhaltlos zu verneinen! Die seitherige Politik hat, wenn auch ungewollt, die Arbeitslosigkeit gefördert. Die Industrie hat mit ihrer Voraussage recht behalten. Aber diese traurige Genugtuung bezahlt sie teuer mit der zunehmenden Gefährdung ihrer Betriebe und der Menschen, die nicht vom Staate, nicht von ihren Gewerkschaften und auch nicht von ihren Parteien, sondern nur von der Industrie Arbeit erwarten und fordern. Wie der Arbeiter von der Industrie, so lebt die Industrie vom Arbeiter, und Arbeiternot ist Unternehmernot oder umgekehrt. Die Politik der Arbeitsbeschaffung ist allerdings unpopulärer als die Arbeitslosigkeitpolitik.

Die Industrie begrüßt es, daß die Regierung Anfänge, zögernde Schritte zur Umkehr getan hat. Die Reichsregierung hat in kritischer Zeit ein sehr schweres Amt übernommen und durch die Art, in der sie ihre Entschlüsse durchsetzt, noch ein zusätzliches Maß von Verantwortlichkeit sich aufgebürdet; **sie kann auf dem beschrittenen Wege nicht stehen bleiben oder aber sie wird mit dem ganzen Mißerfolge, wie er einer halben Tat auf dem Fuß folgt, scheitern.** Wir stehen heute an einem Scheidewege, wo sich der Geist vom Ungeiste, die Vernunft von der Unvernunft trennt.

Es fragt sich, **ob man das schauerliche Bemühen fortsetzen will**, Grundsätze der marxistischen Wirtschaftstheorie oder Wünsche, die man mit ihr bemäntelt, mit den Gesetzen der geltenden Wirtschaftsordnung gesetzgeberisch zu vereinigen. **Aus der spezifisch deutschen Kreuzung zwischen marxistischem Sozialismus und der individualistischen Wirtschaft — diese eine lebendige Tatsache, jene eine strittige Theorie — entstanden die Steuergesetze, der starre Zwangslohn und die überzüchtete Sozialversicherung. Aus alledem aber erwuchs mit ehrner Logik die deutsche Arbeitslosigkeit. Unter dieser Politik hat Sachsens Industrie und mit ihr das sächsische Volk schwerer gelitten als jedes andere Wirtschaftsgebiet im Reiche. Ueber dem Erzgebirge breitete sich seit langem eine tödliche Arbeitsruhe aus. Ohne Hoffnung sehen die ausgesteuerten Arbeiter und die vielen kleinen Unternehmer in die Zukunft. Man sehe sich in Chemnitz um, man gehe ins Elbtal, nach dem Vogtland und nach der Oberlausitz!**

Sachsen braucht wirklich Arbeit!

Ist dies vielgestaltige, bodenständige und lebendige sächsische Unternehmertum nicht der ganz besonderen Obhut einer mit staatsmännischer Weitsicht begabten Regierung wert? In unzähligen Fällen haben die Unternehmer sich und ihre Belegschaft durch fortwährende Umstellungen bis zu der wiederholt verheißenen Gesundung von Staat und Wirtschaft zu retten gehofft. Diese Gesundung ist aber nicht eingetreten. **Was durch betriebswirtschaftliche Verbesserungen gewonnen war, wurde durch neue Belastungen zunichte. Viele Unternehmer stehen schon vor den Trümmern ihres Lebenswerkes, noch mehr bangen vor dem bitteren Ende. Nahezu alle Arbeitsstätten sind mehr oder weniger verödet, viele sind ganz verschwunden und die Kaufkraft der sächsischen Bevölkerung sinkt beständig, während die seit langem überbürdete Steuerkraft des Landes schwindet.**

Wenn man hier Wandel schaffen will, so kann es nicht durch die Besteuerung, sondern nur durch die Betätigung der Einsicht geschehen.

Der Verband der Industriellen denkt bei der Hilfe, die er von den maßgebenden Instanzen des Staates und der Wirtschaft aus Gründen des Gemeinwohles erwartet und erbittet, nicht an Subventionen, da dieses immer bedenkliche Mittel heute bestimmt nicht geeignet wäre, den nachhaltigen Antrieb, auf den allein es ankommt, zu bewirken. Uns frommen nur grundsätzliche Entschlüsse und tiefgreifende Maßnahmen von Dauer und Folgerichtigkeit.

*

Als nächster Redner sprach

Ministerpräsident Schieck.

Was auf dieser Tagung zum Ausdruck kommen soll, so führte er aus, das sind nicht die Klagen eines einzelnen Berufsstandes und nicht die Beschwernisse eines Interessenkreises — **das ist der Ruf eines Volkes in Not, einer Bevölkerung, die ihre Leiden bisher mit bewundernswürdiger Geduld ertragen hat.** Die Not der Zeit hat ganz gewiß alle Gaue unseres deutschen Vaterlandes heimgesucht, aber in Sachsen hat sich ein Notstand besonderer Art entwickelt und hat schärfere Formen angenommen als wohl sonst im übrigen deutschen Reiche. Dabei ist auch Sachsen eine Grenzmark des Reiches. Wir glauben darum, alle Rücksicht und alle Hilfe, die geleistet werden kann, für uns erbitten zu dürfen.

Es ist tief schmerzlich, mit ansehen zu müssen, wie in Sachsen eine Betriebsstätte nach der anderen ihre Pforten schließen muß und wie dabei immer wieder neue Hunderte und Tausende fleißiger Hände und Köpfe ihre Arbeit verlieren.

In seltener Einmütigkeit hat kürzlich der Sächsische Landtag zu der Wirtschaftsnot des Landes Stellung genommen und dringend gebeten, nichts unversucht zu lassen, was einem weiteren Sterben der sächsischen Industrie Einhalt tun könne. Leider sind für die Regierung des Landes die Möglichkeiten, der Not zu steuern, begrenzt. Die Ordnung im Haushalte des Staates muß aufrechterhalten werden, damit nicht neue Schulden und damit für die Wirtschaft neue Lasten erwachsen. Durch Opfer des Staates ist in besonderen Fällen verhütet worden, daß einzelne Betriebe geschlossen werden mußten. Solche Staatshilfe ist jedoch nur in beschränktem Umfange möglich.

Die Wirtschaftspolitik wird im wesentlichen durch das Reich bestimmt, aber auch ihm steht kein Allheilmittel zu Gebote. Wir bitten aber die Reichsregierung darum, alles daran zu setzen, daß dem deutschen Volke die Lasten erleichtert werden, die es vor allen anderen Völkern zu tragen hat. Wir haben weiter den Wunsch, daß auf die empfindlichen Interessen der sächsischen Wirtschaft in der Verkehrs- und Zollpolitik weitgehende Rücksicht genommen wird. Bei der Steuergesetzgebung und der Verfolgung von Steueransprüchen müssen fiskalische Interessen zurückgestellt werden, wenn anderenfalls wertschaffende Betriebe zum Erliegen kämen. Und endlich glauben wir einen Anspruch darauf zu haben, daß das Reich von den großen Aufträgen, die es zu vergeben hat, der sächsischen Wirtschaft mehr zukommen läßt, als es bisher leider der Fall war. Wir erinnern dabei daran, daß die Einnahmeseite des Reichshaushaltplanes auch heute noch, trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, aus Sachsen weit mehr gespeist wird, als es seiner Bevölkerungszahl oder Gebietsgröße entspräche.

Es ist nicht unsere Absicht, Begünstigungen für die sächsische Wirtschaft zu erwirken, wir sind jedoch der tiefernsten Ueberzeugung, daß, **wenn nicht baldigst alles geschieht, was möglich ist, binnen kurzem ein wirtschaftliches Trümmerfeld sein wird, wo die Arbeit von Generationen blühendes Leben erweckt hatte.** Findet die sächsische Wirtschaft verständnisvolle Hilfe, so wird sie zähe weiterringen um eine bessere Zukunft.

*

Ueber das Thema **„Sachsen braucht Arbeit"** verbreitete sich in ausführlichster Weise

Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Kliem.

Er legte in seinen Ausführungen zunächst einmal dar, **warum die Lage in Sachsen sich so besonders schwierig gestaltet hat**, um dann zu erörtern, **was bisher geschehen ist** und vor allem, **wie geholfen werden kann und warum im deutschen Interesse geholfen werden muß.** Er untersuchte alle Ursachen, die zusammengewirkt haben, um die einst blühende Wirtschaft Sachsens in ihren Grundfesten zu erschüttern und gab ein Bild von dem **gefahrvollen Zustand, in dem sich heute die sächsische Wirtschaft befindet.** Er ergänzte das Bild der sächsischen Wirtschaft durch den Hinweis auf die schwere **Notlage der sächsischen Landwirtschaft**, die immer ein guter Kunde der sächsischen Industrie war und die jetzt am meisten mit verschuldet ist.

Geheimrat Kliem stellte nun alle die Maßnahmen auf handels-, wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Gebieten zusammen, die das Ziel verfolgten: **Arbeit zu beschaffen und die Arbeitsgelegenheit zu erhalten.** Er nannte dabei die **Kreditaktionen zu Gunsten des notleidenden Hausgewerbes im Gebirge**, insbesondere des **Spielwarengewerbes** und der **Lohnstickerei.** Er nannte ferner die **Erleichterung von Lieferungsgeschäften nach Rußland**, für die die sächsische Garantie kürzlich vom Landtage trotz manchen Bedenken auf 30 Millionen RM. erhöht worden ist. Durch diese Garantieübernahme sind bis jetzt in Sachsen Lieferungsgeschäfte nach Rußland in Höhe von 125 Millionen RM. zustande gekommen. Zur **Frage der Subventionen** vertrat der Redner den Standpunkt, daß diese im Interesse der Erhaltung einer gesunden Industrie grundsätzlich abzulehnen und Ausnahmen nur dort zu machen seien, in denen es sich um die Erhaltung eines Gewerbes oder eines Unternehmens handelt, das die einzige oder hauptsächlichste Erwerbsmöglichkeit in einem größeren Gebiete des Landes darstellt und das im öffentlichen Interesse aufrechterhalten werden muß. Man müsse sich mit den Subventionen nur auf gesunde Betriebe beschränken. **Den mit besonderer Vorliebe in Sachsen beabsichtigten Stillegungen von Konzernbetrieben habe man nach Möglichkeit zu begegnen versucht, mehrfach mit Erfolg,** wenn auch bisweilen unter Opfern, fast immer aber unter scharfer Kritik. Die sächsische Regierung wird hierin fortfahren; sie wäre dankbar für rechtzeitige Benachrichtigung von Zusammenschlüssen, die heute meistens mit Stillegungen enden. Die Regierung ist weiter dankbar für die Mitteilung von beabsichtigten Neugründungen, die nach Sachsen als Ersatz für eingehende Betriebe gezogen werden können. Diese Maßnahmen, so betonte Geheimrat Dr. Kliem, genügen aber nicht, und das, was noch nötig ist, geht zu einem großen Teil über die Kraft Sachsens hinaus. **In zahlreichen Vorstellungen hat die sächsische Regierung auf das Reich eingewirkt, daß es in höherem Maße als bisher der hartbedrängten sächsischen Wirtschaft seine Fürsorge zuwende.** Sie hat auch auf manchen Gebieten Verständnis gefunden, aber nicht in ausreichendem Maße.

Worin soll — so fragte Geheimrat Dr. Kliem — **diese Hilfsaktion, die die sächsische Wirtschaft vom Reiche erwartet, bestehen?** In erster Linie muß verlangt werden, daß **endlich die Aufträge**, die die Reichsstellen, **insbesondere Reichsbahn und Reichspost**, zu vergeben haben, **der sächsischen Wirtschaft in einem ihrer Bedeutung entsprechenden Umfange zufließen.** Die hierbei in Frage kommende Vergebungssumme von etwa 2½ Milliarden RM. stellt gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einen so bedeutsamen Posten dar, daß sie unbedingt dazu verwendet werden muß, die Verschiedenheit der Wirtschaftslage in den einzelnen Teilen des Reiches auszugleichen.

Nachdem der Redner an Hand einwandfreien Zahlenmaterials die **Benachteiligung Sachsens bei der Vergebung größerer Reichsaufträge nachgewiesen** hatte, verlangte er die **Eingliederung der Ausgleichsstelle der Länder und der Landesauftragsstellen in das gesamte Vergebungswesen des Reiches.** Er gab zu, daß bei Zuteilung der Aufträge die Preisfrage gewiß nicht außer Betracht bleiben könne, da aber die Lohnhöhe in großem Umfange im Schlichtungsverfahren durch Organe des Reiches festgesetzt werde, könne das Reich die von ihm selbst vorgenommene Lohnbestimmung und die durch sie bedingte Preisbildung nicht als unangemessen behandeln und demgemäß auch nicht die Ablehnung eines Angebotes damit begründen, daß Gebiete, denen von den Schlichtern des Reiches niedrigere Löhne zugestanden sind, billiger liefern können. **Zu begrüßen wäre es, wenn auch sächsische Firmen zur Lieferung von Heeresmaterial zugelassen würden.** Darüber hinaus müßten **im sächsischen Grenzgebiet Wege- und Meliorationsbauten als Notstandsarbeiten ausgeführt werden; damit**